

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Nieu, Erfeld, Luth.-Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 31

Düsseldorf, den 1. August 1925.

Versandort Erfeld

Wirtschaftskrisis und Gewerkschaftsforderungen.

Denkschrift der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Die bekannte Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 11. Mai an die Reichsregierung wird in eingehender Weise durch eine Eingabe gewürdigt, die die Gewerkschaftsbünde gemeinsam am 8. Juli der Reichsregierung zustellten. Die gewerkschaftliche Gegenwartschrift besagt u. a. folgendes:

„Die gegen die Gewerkschaften gerichteten Schlussfolgerungen der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stützen sich auf die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft durch die Entwertung der Arbeitsbedingungen — Löhne, Arbeitszeit und Sozialbelastung — und die erhöhte Belastung durch die Reparationsverpflichtungen — erhöhte Abgaben und Steuern, Frachttaxe usw. — dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht gewachsen sei. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände fordert von den Arbeitnehmern Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere auf unabsehbare Zeit hinaus Verzicht auf den Achtstundentag. Die Gewerkschaften sollen unter Verzicht auf Lohnbewegungen die derzeitigen oder gar noch zu reduzierenden Arbeitsbedingungen, durch langfristige Arbeitstarife festlegen. Von der Reichsregierung verlangt die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, daß sie diese Forderungen unterstützt, indem sie jede weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in öffentlichen Diensten ablehnt und durch Beeinflussung der amtlichen Schlichter — durch Fällen entsprechender Schiedsprüche und Verweigerung der Verbindlichkeit bei Schiedsprüchen, die Verbesserungen vorsehen — an der Tiefhaltung der Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft mitwirkt.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich der gegenüber dem deutschen Volk auf ihnen und ihrer Lohn- und Arbeitspolitik ruhenden Verantwortlichkeit durchaus bewußt. Wenn sie die tarifvertragliche und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und die Sicherung einer Lohnhöhe, die dem Arbeitnehmer eine angemessene Lebenshaltung gewährt, fordern und durchsetzen gewillt sind, so steht dieses Ziel durchaus im Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes.

Die Erfüllung der deutschen Arbeitgeberforderungen würde der deutschen Volkswirtschaft nichts nützen, weil sich naturgemäß eine gleiche Reaktion in den Wettbewerbsländern durchsetzen und einen etwaigen deutschen Vorprung sehr schnell ausgleichen würde — dann aber mit der

volkswirtschaftlich verhängnisvollen Wirkung, daß der ohnehin infolge der mangelnden Kaufkraft der Volksmassen stagnierende Weltmarkt noch weiter geschwächt wäre, weil steigende Absatzstochung und Arbeitslosigkeit unausbleiblich wären. Statt des durch höhere Löhne und längerer Arbeitszeit für die deutsche Volkswirtschaft im Kampfe um die Steigerung der Absatzmöglichkeit bezweckten Erfolges entstände auch für Deutschland durch die sinkende Kaufkraft und fortwährende Verelendung der Arbeitnehmerschaft aller Länder eine weitere Beschränkung des Warenexportes.

Die Belastung der deutschen Produktion durch Löhne, Dauer der Arbeitszeit und Sozialversicherung kann nur im Vergleich mit der Entwicklung der Faktoren in den übrigen Ländern geprüft werden. Ein Vergleich darf nicht einseitig von der Vorkriegszeit in Deutschland ausgehen.

Wenn auch zugegeben werden soll, daß insbesondere die Belastung der deutschen Wirtschaft erheblich ist, so wenden wir uns doch gegen die übertriebenen und unbeweisbaren Behauptungen in der Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. In der Frage der Arbeitszeit, werden mit größter Unbefangenheit Behauptungen aufgestellt, deren Richtigkeit durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen in zahlreichen Fällen erwiesen ist. „Von der längeren Arbeitszeit ist der derzeitige Lebensstand des deutschen Volkes, an Lohn, Preis und Kaufkraft gemessen, wesentlich abhängig.“ Darum müsse längere Arbeitszeit da verlangt und langfristig sichergestellt werden, wo Steigerung von Produktion und Absatz dadurch ermöglicht würde. Ob und in welchem Umfange das der Fall ist, wird nicht näher ausgeführt. Man läßt es nicht für nötig, einzugehen auf die große Zahl amtlicher Erhebungen, aus denen ersichtlich wird, daß man mindestens gerade nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein etwaiger Produktions- und Leistungsanstieg verschuldet wird. Daß die allgemeinen, kulturellen und gesundheitlichen Folgen einer Verkürzung der Arbeitszeit sich erfahrungsgemäß letztendlich stets

Hebung der Arbeitsintensität, -fähigkeit und -freudigkeit zugunsten der Produktion auswirken, wird mit keinem Worte gestreift. Wesentlich erkennbar wird vielmehr in den ganzen Ausführungen der Wunsch, die heute schon stark gelockerte gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit völlig zu beseitigen.

Wie man dabei rechnet, zeigt insbesondere die Erklärung, daß auch heute noch (nach dem Abbau aller diesbezüglichen Demobilisierungsvorschriften) die dem Stande der Wirtschaft eigentlich entsprechende Arbeitslosigkeit „nicht zuletzt durch die kürzere Arbeitszeit künstlich verdeckt werde“. Von der Verlängerung der Arbeitszeit erwartet man also eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit, mit der man natürlich auf die in den Betrieben Befindlichen einen um so stärkeren Druck auszuüben hofft.

Das Lohnproblem wird in ähnlicher Weise behandelt. Zunächst wird das Lohnniveau vom Januar 1924 verglichen mit dem vom April 1925, das 50—70 Prozent über dem ersteren und 20—25 Prozent über dem vom Juli 1924 liegen soll.

Abgesehen davon, daß diese Prozentzahlen in erheblichem Umfange nicht zutreffen, beweist der Hinweis auf den niedrigen Stand vom Januar 1924 nur, daß die Zermürbung der Arbeitnehmerschaft durch die Inflation- und Ruhrkampfkrisen sich bei eintretender Stabilisierung in vollem Umfange offenbarte, daß nach der durch die Inflation verursachten Periode der

Verschlechterung der tatsächlichen Lohnkaufkraft es einer längeren Zeit und größerer Anstrengungen der Arbeiterschaft bedurfte, um das Lohnniveau dem Existenzminimum und den Friedensreallohn wieder anzunähern.

Nach den vergleichenden Statistiken der Gewerkschaften über die Entwicklung der Tariflöhne in 25 deutschen Städten und 43 Berufen, betrug der Tariflohn für den männlichen Bollarbeiter im Jahre 1913-14 im Durchschnitt 57 Pfg. stündlich. Eine Zusammenstellung der Tariflöhne für die gleichen Orte und Berufe zeigte für Ende 1923 einen Durchschnitt von 52,6 Pfg., obwohl die Lebenshaltungskosten im Dezember 1923 nach dem amtlichen Index etwa 25 Prozent höher lagen, als 1913-14. Ende März 1924 war der Durchschnittslohn auf 52,4 Pfg. gesunken, allerdings bei etwas sinkenden Lebenshaltungskosten. Mit dem Steigen dieser Kosten steigt der Durchschnittslohn Ende Juni 1924 auf 62,6 Pfg., Ende September auf 64,7 Pfg., Ende Dezember auf 71,7 Pfg. und Ende März 1925 auf 136,8. Dabei ist besonders zu beachten, daß in der Vorkriegszeit die Tariflöhne sehr viel mehr als heute eine untere Lohngrenze darstellten, während in der Nachkriegszeit der tarifvertraglich vereinbarte Lohn in der Regel zum Normallohn wurde, und daß der amtliche Index aus einer Reihe von Gründen erheblich hinter der tatsächlichen Verteuerung der Lebensmittel zurückbleibt. Erfahrungsgemäß vollzieht sich aber seit Herbst 1924 die Lohnentwicklung in der Richtung einer stärkeren Differenzierung der Löhne der gelernten und der ungelerten Arbeiter, nachdem besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine starke Annäherung dieser Löhne erfolgt war. Besonders die Löhne der ungelerten Arbeiter, also der Mehrzahl der Beschäftigten, bleiben in der neueren Zeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich hinter den Löhnen der gelernten Arbeiter zurück.

Ein Streiflicht auf den niedrigen Stand der Löhne wirft auch eine Eingabe des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten an den Reichsarbeitsminister vom 10. Juni d. J., in der es heißt, daß von allen bei ihnen im Jahre 1924 geleisteten Beiträgen über 30 Prozent in der niedrigsten Beitragsklasse entrichtet wurden.

Wenn die Denkschrift der Arbeitgeber die Personalausgaben im Gesamtetat der deutschen Industrie auf 150 Prozent der Vorkriegszeit beziffert, so ist diese Angabe höchst unklar. Die Zahl der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist seit 1913 bis 1924 um einige Millionen gestiegen. Verteilt sich auf diese der auf 150 Prozent gestiegene Gesamtetat, so beweist dies, daß der Reallohn des einzelnen Arbeitnehmers ganz außerordentlich gefallen

ist. Ist jedoch der einzelne Arbeiter gemeint, so wäre dieses eine starke Übertreibung, da nachweislich die Tariflöhne nominal bis April 1925 nur um 44 Prozent stiegen. Tatsächlich jedoch bleibt selbst die Steigerung der Nominallöhne beträchtlich unter 44 Prozent, weil, wie oben bemerkt, heute der Tariflohn den Normallohn bildet. Der Reallohn erfährt daher auch keine Steigerung, sondern bleibt erheblich hinter dem Reallohn der Vorkriegszeit zurück. Aber selbst wenn eine Steigerung des Lohnes auf 150 Prozent erfolgt wäre, bedeutete dieses

keine gegen die Vorkriegszeit erhöhte Belastung der Industrie, da die Weltmarktverteuerung höher ist.

Unverständlich ist, daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft nach der Denkschrift 60—100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegen sollen. Nicht angegeben ist, ob es sich um die nominale oder reale Höhe der Belastung handelt. In der realen Belastung ist keine Steigerung eingetreten. Der Lohn ist auch heute noch, wie bemerkt, unter seinem früheren Realwert. Die soziale Belastung ist gleichfalls in der realen Höhe nicht gestiegen.

Es sei auf die zahlreichen Erörterungen amtlicher Erhebungen im „Reichsarbeitsblatt“ verwiesen, wonach die soziale Belastung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Geldentwertung nicht höher als die vor dem Kriege zu veranschlagen ist.

Daß die ausländischen Reallohn höher sind als die deutschen, will die Denkschrift nur bezüglich der Vereinigten Staaten anerkennen. Ebenso geht sie auch an der Tatsache vorüber, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau das gleiche ist, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensstand festgefunden hat. Dies geht hervor aus der Statistik von Professor Dr. Paul Hermsberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914. Darnach waren Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen:

In Deutschland	122 Prozent
„ Italien	160 „
„ Frankreich	152 „
„ England	200 „
„ der Schweiz	200 „
„ Schweden	249 „
„ Holland	295 „
„ den Vereinigten Staaten auf	232 „

Es geht auch nicht an, bei der Beurteilung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft mit dem Wohnungssektor zu spekulieren, indem man erklärt, „daß der Lebensstandard einer Familie ja vielfach nicht ausschließlich von dem Einkommen eines einzelnen Familienmitgliedes abhängig sei, da heute in weit größerem Umfange wie in der Vorkriegszeit gerade in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mehrere Familienmitglieder bei gemeinsamem Haushalt Arbeitseinkommen zu verzehren hätten“. Die infolge der Wohnungsnot und der geringen Einkommen wachsende Erschwerung einer selbständigen Haushaltsgründung kann nicht als ein Dauerfaktor in die Lohnpolitik eingeseht werden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus kann von einer ungefunden und wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Weder Löhne noch Sozialbelastung übersteigen im Gegensatz zum Ausland die relative Höhe der Vorkriegszeit. Nicht mit den Tatsachen vereinbar ist die weitere Behauptung der Arbeitgeber, daß Produktion und Güterumsatz nur etwa 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen, da weder die Zahl der Beschäftigten noch die Arbeitsintensität vermindert wurde. Die relativ niedrige Zahl der Erwerbslosen beruht nicht darauf, daß der Industrie die unproduktive Beschäftigung von Arbeitskräften aufgezwungen wird. Die Industrie kann heute ihre Betriebsführung ohne einschränkende Hemmungen organisieren. Sie ist keiner zwangsweisen, verteuerten Uebersezung mit Arbeitskräften unterworfen, sondern kann von sich aus jeden unproduktiven Leerlauf ausschließen.

Aus allen diesen Darlegungen geht klar hervor, daß weder die Produktivität auf 70 Prozent der Vorkriegszeit gesunken ist, noch daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft um 60 bis 100 Prozent gestiegen sind. Damit kann der Kernsatz in der Argumentation der Arbeitgeberdenkschrift nicht mehr aufrecht erhalten werden, und auch die aus ihm abgeleiteten Schlussfolgerungen brechen in sich zusammen.

Bei Betrachtung der Beziehung zwischen Lohn und Preis werden in der Denkschrift Ursache und Wirkung verwechselt. Feste Löhne können solange nicht auf lange Sicht abgeschlossen werden, wie mit einer sich

aus anderen Ursachen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen und daher in der Kalkulation, kann nur bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesondere am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr sind es fehlerhafte Inflationsge-

Vermehrung der Kampfmittel

unseres Verbandes muß die feste Sorge aller Mitglieder sein. Was die Mitglieder am Beitrag zu sparen gedenken, müssen sie nach schweren Kampfzeiten an Lohn und Arbeitszeit einbüßen.

Die Dringlichkeit der Behandlung ist schon deswegen geboten, weil die gesamte Textilarbeiterchaft des badischen Landes noch immer zu den alten Löhnen weiterarbeiten muß. Die letzte Lohnfestsetzung war eine vollkommen ungenügende, sodaß die Löhne immer noch sehr niedrig sind.

Auch die Arbeitgeber werden deshalb gut tun, ihre Haltung zu revidieren, damit sie sich nicht deshalb ins eigene Fleisch schneiden.

Lohnstatistik.

Im Ausschuss des deutschen Reichstags gab am 10. Juli über den Stand und die Steigerung der Löhne der Reichsarbeitsminister eine ausführliche Stellungnahme.

Saison-Ausverkauf trotz erhöhter Arbeitslöhne.

Schon zehn Wochen lang kämpft die Textilarbeiterchaft Schlesiens um Mehrlohn. Bislang ohne jedes Ergebnis. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung als nicht 'tragbar' ab.

Trotz erheblicher Steigerung

der Rohmaterialienpreise und soeben abgeschlossener Erhöhung der Arbeitslöhne im Textilgewerbe-Larif

um 16 Prozent

halten wir unsere billigen Grund- und Extrapreise für den diesjährigen

Saison-Ausverkauf

bis 15. Juli d. J. aufrecht.

Auf die Bruttopreise Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Telefon 172 Siebert & Weinert Telefon 172

Der Manufakturwarenfirmen Siebert u. Weinert muß man es lassen. Sie ist ganz fraglos 'geschäftstüchtig'. Soll aber dieser geschäftstüchtigen Firma wirklich nicht bekannt sein, daß ein noch nicht für verbindlich erklärter Schiedsspruch, von dem die Arbeiter nichts wissen wollen, von einer 'soeben abgeschlossenen Erhöhung der Arbeitslöhne im Textilgewerbe' noch ziemlich weit entfernt ist?

Die Verbraucherkräften in Mittelschlesien werden ganz gewiß mit dieser 'houlanten' Firma ein Einsehen haben und begreifen, daß es ihr ungemein schwer ankommen muß, sich von alten kalkulationsgemohnheiten aus der Inflationszeit zu trennen.

Mögliche und Unmögliche. Der oben besprochene Vorgang ist ein Schulbeispiel dafür, daß der Arbeiter schließlich den Pächsel für den Fabrikanten als wie auch für den Handelsmann abgeben muß, wenn er sich nicht starke Gewerkschaften und Genossenschaften schafft, die seine Belange vertreten und ihn vor jeder Ausbeutung durch das gewerbliche und kaufmännische Kapital wirksam zu schützen in der Lage sind.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juni 1925.

Monat Juni 1925.

Die Kurve der Arbeitslosenziffer zeigt im Berichtsmonat ein schwaches Anziehen der Zahlen.

Vollarbeitslos waren 351 männliche Mitglieder und 548 weibliche Mitglieder. Insgesamt 899 Verbandsangehörige, ist 1 Prozent der Erfassen.

Table showing unemployment statistics for June 1925. Columns: Month, Year, Percentage of members unemployed.

Die gespannten Verhältnisse im Wirtschaftsleben allgemein, scheinen auch auf unsere Industrie ihre Rückwirkung auszuüben. Ist die Steigerung bei der Vollarbeitslosenzahl von 0,7 Prozent im Vormonat auf 1 Prozent in diesem Monat auch verhältnismäßig gering, so darf doch nicht vergessen werden, daß bei der Tendenz weiterer Gruppen im Arbeitgeberlager unserer Textilindustrie die Gefahr zum Ansteigen dieser Zahlen überaus groß ist.

Auch die von Kurzarbeit betroffenen Arbeiter haben an Zahlen zugenommen.

Es arbeiteten verkürzt im Monat Juni: 2248 männliche Mitglieder und 4054 weibliche Mitglieder, insgesamt 6302 Verbandsangehörige ist 7,5 Prozent der Erfassen.

Table showing unemployment statistics for June 1925. Columns: Month, Year, Percentage of members unemployed.

Die bezirkliche Auswirkung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist folgende:

Table showing regional unemployment and short-time work statistics for June 1925. Columns: Region, Unemployed, Short-time work.

Auffallend ist, daß der Bezirk Baden, der im Vormonat keine Arbeitslosen hatte, jetzt mit 2,5 Prozent neben Sachsen an der Spitze marschiert, dagegen bei den von Kurzarbeit Betroffenen von 2,4 auf 0,6 Prozent heruntergegangen ist.

Der im vergangenen Monat ausgedrückten Ermahnung zur pünktlichen und reiflichen Berichterstattung sind diesmal leider nicht alle gefolgt. Die Sekretariate Krefeld und Sauerland haben nicht berichtet. Vom Sekretariat M. Gladbach fehlten 7 Ortsgruppen bei der Berichterstattung. Im nächsten Monat müssen auch diese mit dabei sein.

Verbandstag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Halle am 27. bis 29. Juni 1925.

Die diesmalige Tagung des Gesamtverbandes trug einen ganz besonderen Charakter. Auf der einen Seite war es die erste Tagung seit dem Kriege, fand doch die letzte 1914 in Saarbrücken statt; während andererseits gleichzeitig mit dem Verbandstag das 35-jährige Bestehen des Gesamtverbandes gefeiert werden konnte.

Der Sonntagvormittag vereinigte die Teilnehmer in der Domkirche zum Festgottesdienst.

Die eigentliche Tagung fand nach gemeinsamem Mittagessen im großen Saale des Vereinshauses statt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden übermittelte Herr Sup. Schöttler den Gruß der Provinzialkirche. Er verweist auf die großen Aufgaben der Kirche gerade in Mitteldeutschland und erhebt die Forderung, daß hier bei der kommenden Industriekrisis nicht nur materielle, sondern auch ideale Werte geschaffen werden müssen.

Durch den nun folgenden Bericht des Vorsitzenden über die Entwicklung in den Jahren während und nach dem Kriege gewinnen wir ein Bild von dem Leben und den Kämpfen, dem Ringen und Mühen um die Arbeiterseele und um die Standwerdung des Arbeiterstandes.

Der Gesamtverband war auf den verschiedensten Gebieten zum Teil erfolgreich tätig. In den schwersten Zeiten nationaler

Not war die Bewegung dem Vaterlande treu, nationale Erneuerung das Ziel. Allerdings erfüllt es uns mit Sorge, daß manchmal der nationale Gedanke den christlichen Unterbau vermissen läßt, statt Christus - Wodan.

In stichtlicher Beziehung sehen wir den hemmungslossten Kampf gegen den § 218. Wir treten diesen Bestrebungen mit aller Schärfe entgegen und sind der Auffassung, daß die Reinhaltung des deutschen Familienlebens eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Volkslebens ist. In der Frage der Alkoholbekämpfung, Raucherfrage usw. sind wiederholt Eingaben gemacht worden.

Aus einzelnen Verbänden konnte sodann ganz besonders erfreuliche Leichtet werden, so aus dem Rhein-Weist und dem Schlesischen Verbände, zahlenmäßige, äußere Entwicklung wie auch innere Erstarkung.

Ueber die geistigen Grundlagen der Bewegung sprach General-Sekretär Grunz. Seine Ausführungen atmeten, wie später Abgeordnete Hartwig in der Aussprache betonte, wahrhaft christlich-sozialen Geist Stöckers. Ueber die organisatorischen Fragen, den Aufbau und Ausbau des Gesamtverbandes referierte General-Sekretär Rudolph. In der Aussprache kam gegenüber mancherlei Bedenken über die finanzielle Weiterführung des Werkes, der Glaube und die Zukunft in die Zukunft der Bewegung stark zum Ausdruck.

Allgemeine Rundschau.

Die Evangelisch-Soziale Schule des Gv. Johannesstifts.

Die in weiten Kreisen bekannte Evangelisch-Soziale Schule ist in diesen Wochen in die dritte Epoche ihrer Entwicklung getreten. Im Jahre 1912 in Bethel bei Bielefeld gegründet und mit der Aufgabe betraut, in erster Linie der evangelischen Arbeiterbewegung ein Bildungswesen auf der Grundlage evangelischen Glaubens, deutschen Volkstums und erstarrter sozialer Verantwortung zu geben, hat sie diese Aufgabe fast ein Jahrzehnt lang von Bethel aus durch die Veranstaltung von Lehrgängen, Abhaltung von Wanderausfahrten sowie durch die Ausbildung und Anstellung eigener Sekretäre zu erfüllen gesucht.

Immer deutlicher stellte sich die Größe und Mannigfaltigkeit der Aufgaben heraus, die der Lösung harrten. Gemessen an dem Gegenstück, welches der katholische Flügel im Volksverein für das katholische Deutschland seit dem Jahre 1890 besitzt, verglichen mit der starken und umfassenden Organisation, über die die marxistische Sozialdemokratie verfügt, muß die bisherige Leistung auf evangelischer Seite als verhältnismäßig gering bezeichnet werden.

Die Erwägungen haben neuerdings nach eingehenden Beratungen und im vollen Einverständnis mit den maßgebenden Stellen zu einer Vereinigung der Evangelisch-Sozialen Schule mit dem Gv. Johannesstift in Spandau geführt. Diese Initiative, der ihre ursprüngliche Aufgabe auf dem Gebiete der Kindererziehung durch die Inflation genommen ist, ist schon aus äußeren Gründen infolge ihrer günstigen Lage unmittelbar vor den Toren Groß-Berlins, mit ihren umfassenden Unterkunfts-, Verpflegungsmöglichkeiten und sonstigen Einrichtungen, wie Hörsälen usw., als zentrale Bildungs- und Pflegestätte evangelischen Geisteslebens besonders geeignet. Das neue Arbeitsziel entspricht durchaus dem Programm der Inneren Mission; denn gerade unsere sozial zerrissene Gegenwart hat die Bedeutung der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit nach der Richtung der Führerschaft ins hellere Licht gerückt.

Die nunmehr mit dem Gv. Johannesstift vereinigte Evangelisch-Soziale Schule wird aber nur dann imstande sein, die ihr gestellte außerordentlich erweiterte und bedeutungsvolle Aufgabe zu lösen, wenn in allen Ständen und Berufen das Verständnis für eine auf dem Glaubensgrunde des Evangeliums beruhende Sozialpolitik geweckt wird. Es gilt daher jetzt in erhöhtem Maße, alle evangelischen Stände und Berufe, die in irgend einer Verbindung zur 'sozialen Frage' stehen, - und bei welchem Stande oder Berufe träge das nicht zu? - für den evangelisch-sozialen Schulungs- und Förderungsgedanken zu erwärmen, um alle Kräfte des deutsch-evangelischen Volkstums zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Der marxistische Sozialismus hat unser Volk an den Rand des Abgrundes gebracht, ein Wiederaufstehen ist nur möglich, wenn die Heilkräfte des Evangeliums unsere sozial und wirtschaftlich verfahrenen Verhältnisse wieder zurückbringen.

